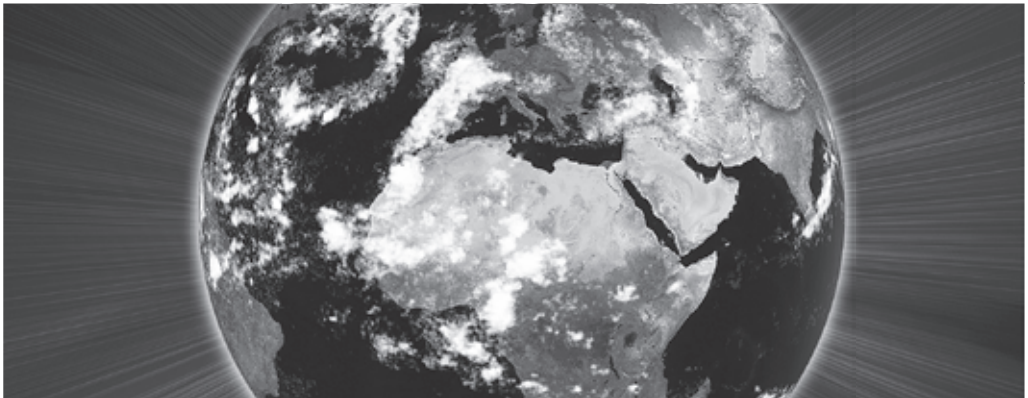


Neue Weltordnung – Nordafrika und Naher Osten

Einleitung zum Schwerpunkt

von Thilo Scholle, Kai Burmeister und Michael Reschke

Foto: www.fotolia.com, © Stasys Eidlejus, suzannemeer



Die schon beinahe ikonographischen Bilder der Ereignisse sind präsent: Die Aufstände in Tunesien infolge der Selbstverbrennung des jungen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi, die Protestierenden auf dem Kairoer Tahrir-Platz, die Bilder des gestürzten ägyptischen Präsidenten Mubarak vor Gericht, die immer weiter vorrückenden Rebellen in Libyen und nicht zuletzt das zerstörte Homs in den anhaltenden Auseinandersetzungen in Syrien bleiben im Gedächtnis haften.

Wenige Entwicklungen der letzten Jahre haben die internationale Öffentlichkeit so überrascht wie die Ereignisse in den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens seit Anfang letzten Jahres. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Regime der jeweiligen Länder zwar als repressiv bis hin zu diktatorisch, dafür aber als ausgesprochen stabil wahrgenommen. „Der Westen“ arrangierte sich angesichts der Ölversorgung, befürchteter Migrationsströme und aus sicherheitspolitischer Sorge vor weiteren globalen Unruheherden mit ihnen oder nutzte Diktaturen wie die in Libyen beispielsweise auch zur Erweiterung der europäischen Konzepte von Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer.

Mit gesellschaftlicher Dynamik bis hin zu anhaltenden Protesten und Aufständen der Bevölkerung rechnete offensichtlich kaum jemand.

Zu fehlen schienen sowohl politische Träger für gesellschaftliche Veränderungen wie auch die ernsthafte Mobilisierungsfähigkeit der Bevölkerung für politische Alternativen. Eine Rolle bei dieser Wahrnehmung mag auch gespielt haben, dass in den meisten der angesprochenen Länder islamische oder islamistische Parteien eine maßgebliche Rolle innerhalb der Opposition spielten. An dieser Stelle ist „dem Westen“ der oft von Vorurteilen geprägte öffentliche Diskurs über „den“ Islam und seine „Demokratieunfähigkeit“ selbst auf die Füße gefallen, da viele sich demokratische Bewegungen in muslimisch geprägten Ländern schlicht nicht vorstellen konnten. So entfiel oftmals der differenzierte Blick auf die jeweiligen Oppositionslandschaften.

Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen

Festzustellen ist aber zugleich und vor allem eine große Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen. Dies gilt sowohl zwischen den Staaten als

auch innerhalb der Staaten selbst: anhaltenden Auseinandersetzungen in Syrien stehen einerseits erste freie Wahlen in Tunesien oder Ägypten, aber andererseits auch die Stabilität hergebrachter autokratischer Regime wie dem in Marokko gegenüber.

Dies kann eigentlich nicht überraschen, reicht doch der geographische Bogen der Protestbewegungen je nach Lesart von der West-Sahara an der afrikanischen Atlantikküste bis in den Jemen am äußeren Ende der arabischen Halbinsel. Hinzu kommt eine große Spreizung der Entwicklungen in den entsprechenden Ländern entlang regionaler, religiöser, aber auch soziokultureller Linien.

So lassen sich in Bezug auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen gut ein Jahr nach Beginn der Ereignisse auch sehr unterschiedliche Beobachtungen machen: Die bisherigen Eliten sind zum großen Teil noch auf ihren Positionen, ausgetauscht wurden nur die obersten Staatsspitzen. Auch hinsichtlich der Demokratisierungsprozesse ist Unterschiedliches zu beobachten. Während in Tunesien eine demokratische Transformation der Institutionen auf dem Weg zu sein scheint, ist beispielsweise Ägypten davon immer noch weit entfernt. Im Gegenteil, auf eine vielleicht subtilere und weniger durch eine einzige Person an der Spitze symbolisierte Art und Weise scheint in Ägypten das Militär seine Macht letztlich sogar konsolidiert zu haben. Doch auch in Tunesien bleibt abzuwarten, ob sich die islamistischen Parteien tatsächlich in ein säkular verfasstes Verfassungskonzept einbinden lassen. Die Auseinandersetzungen um den Stellenwert beispielsweise von Frauenrechten in den letzten Wochen zeigen, dass diese Frage noch offen ist.

Eine eindeutige Einschätzung fällt nach nur einem Jahr seit Beginn des arabischen Frühlings mehr als schwer. Ein genauerer Blick auf einzelne Länder ist unverzichtbar, gleichzeitig drängen sich bei allem grundsätzlichen Wohl-

wollen gegenüber der arabischen Revolutionswelle ernste Fragen nach Fortschritten, Dauerhaftigkeit und der Gesamtentwicklung in dieser geographischen Region auf: Inwiefern kann von einer grundlegenden Veränderung „des“ arabischen Raums gesprochen werden und lassen sich verbindende Muster in den Protesten und Aufständen identifizieren?

Auch die Erfolgsbilanz ist sehr unterschiedlich: Trotz des großen Einsatzes der Menschen in der von Marokko besetzten West-Sahara ist die vereinbarte Volksabstimmung über die Zugehörigkeit des Staates zu Marokko bzw. über die Unabhängigkeit der Region noch nicht geschehen. In Marokko selbst kam es zwar zu vereinzelt Protesten, zu einer wirklichen Massenbewegung jedoch nicht. Ähnlich erscheint die Lage in Algerien, auch wenn das Land hier insgesamt instabiler zu sein scheint. Wirklich nachhaltige Wirkung hatten die Proteste demgegenüber nur in Tunesien und Ägypten: In beiden Ländern mussten die Diktatoren schließlich abdanken, es erfolgten freie Wahlen, und Prozesse zur Überarbeitung der Verfassung kamen in Gang.

Anders dagegen die Ausgangslage in Libyen: Die friedlichen Proteste sind schnell in militärischen Widerstand umgeschlagen, der begleitet von Nato-Kampfflugzeugen zum vermeintlich schnellen Erfolg führte. Aktuell zeigt sich an den Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Regionalmilizen, dass auf Seiten der „Revolution“ längst nicht nur an Demokratie und Menschenrechten orientierte Gruppen teilnahmen. Ähnliches scheint sich auch in Syrien anzudeuten.

Ein Aufstand in Bahrain wurde schnell mithilfe saudi-arabischer Truppen erstickt, während es in Saudi-Arabien und den anderen Golfstaaten ruhig blieb. Ausnahme bleibt der Jemen, auch wenn hier mit dem Wechsel im Präsidentenamt innerhalb der bisherigen Elite keine Erweiterung der demokratischen Möglichkeiten zustande gekommen ist.

Kurzum: Der Frühling in den arabischen Staaten trägt sehr unterschiedliche Farben.

Gemischte Bilanz zum „Jahrestag“

Wenn am ersten „Jahrestag“ die Bilanz in den hiesigen Medien eher ernüchternd bis zurückhaltend ausfällt, so lohnt an dieser Stelle die Feststellung, dass bei einer klassischen Bewertung von Revolutionen und revolutionären Potenzialen ebenso ihre Gegenkräfte in den Blick zu nehmen sind. Neben innerstaatlichen Kräften fällt auf, dass der „arabische Frühling“ an Saudi-Arabien vorbei gezogen ist, und die Saudis als wichtigste Regionalmacht sicher auch keine weitere Demokratisierung in der Region befördert haben. Eher das Gegenteil ist der Fall. Ihnen wird in den weiteren Entwicklungen in der Region eine Schlüsselrolle zu fallen.

Ebenso wenig haben sich die USA und die EU als Demokratie und Menschenrechte fördernde Akteure in den letzten Jahrzehnten in der Region präsentiert. Das geopolitische Interesse des Westens lag und liegt in erster Linie im Schutz vor Terrorgefahren und Flüchtlingszuströmen sowie in einem sicheren Zugang zu den reichhaltigen Ölvorkommen in der Region. Die unterstützenden Worte der EU-Politik nach "Mehr Demokratie" gehörten in den Bereich der politischen Reden und blieben so zumindest doppelzünftig. Ob angesichts dieser Bilanz oder im Kontext des Libyen-Einsatzes: Die Frage nach der zukünftigen Rolle der internationalen Gemeinschaft in diesen Ländern bleibt unbeantwortet. Noch bis vor einigen Jahren fand vor allem im angelsächsischen Sprachraum eine Diskussion über geopolitische Ordnungspolitik in einem „Greater Middle East“, der von Marokko bis nach Pakistan reichen sollte, und in dem sich die USA als zentrale Ordnungsmacht sahen, statt. Heute ist dieses Konzept kaum noch im Gespräch. Die europäische Mittelmeerunion wiederum demonstrierte ihre Sprachlosigkeit und -unfähigkeit im Umgang mit den arabischen Umbrüchen. Welche Akteure des Westens sich

mit welchen mittel- und langfristigen Zielen wirkmächtig in der Region werden einbringen können, bleibt offen. Die Arabische Liga hingegen scheint gestärkt und emanzipiert aus dem letzten Jahr zu gehen.

Von einer Welle arabischer Revolutionen zu sprechen oder das Bild des „arabischen Frühlings“ euphorisch zu bemühen ist somit mindestens voreilig. Im Kern beobachten wir un-abgeschlossene Revolutionen und Rebellionen – im Sinne eines Aufstands gegen die jeweils bestehende Ordnungsmacht –, die aber längst nicht alle arabischen Staaten erreicht und in Ländern mit Umbrüchen ihre belastbare Form noch nicht gefunden haben. Und so scheint es ein Jahr nach Beginn des „arabischen Frühlings“ mehr Fragen als Antworten zu geben:

Wie entwickelt sich die Diskussion über eine neue Verfassung in diesen Staaten und lässt sich eine Konsolidierung hin zu jungen Demokratien beobachten? Welche Profile und Entwicklungen weisen die sich auf den Islam als Handlungsleitlinie berufenen Parteien auf? Und aus linker Perspektive: Wie ist es um sozialistische und sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften – die als nahezu marginalisiert erscheinen – als Träger sozialer Veränderungen bestellt? Wird es gelingen neben politischen Freiheiten auch die materiellen Voraussetzungen einer Demokratie zu realisieren, um diese Freiheiten jenseits von Armut und Massenarbeitslosigkeit real leben zu können?

Beiträge des Schwerpunkts

Orientierung in einigen dieser Fragen sollen die Beiträge dieses spw-Schwerpunkts leisten. Dieser stellt den zweiten Schwerpunkt in der Reihe „Neue Weltordnung“ dar, die im letzten Jahr mit spw 185 zu Lateinamerika begann. Verbindende Linien der Regionalschwerpunkte Lateinamerika, Nordafrika bzw. Naher Osten und Asien sind Einschätzungen über Demokratiefortschritte, progressive Potenzialen und deren soziale Träger.

Sabine Kebir nimmt im eröffnenden Beitrag des Schwerpunktes die Region in Gänze in den Blick und gibt einen differenzierten Überblick über die politischen Prozesse in Ägypten, Tunesien, Bahrain, Libyen, Jemen und Syrien. Darüber hinaus problematisiert sie die strategischen Interessen und inneren Probleme der hegemonialen Regionalmacht Saudi-Arabien. Sie wirbt für einen differenzierten Blick auf die islamischen Parteien und Bewegungen, und erklärt ihre Wahlerfolge insbesondere mit der krisenhaften sozialen Lage in den Ländern der Region und mit der nicht-staatlichen Organisation der Armenfürsorge. Für *Sabine Kebir* stellt die Überwindung der ökonomischen Probleme und Notlagen die Bedingung für Laizismus und Demokratisierung in der Region dar.

Zwei Beiträge setzten sich mit der Rolle der ägyptischen Arbeiterschaft vor, während und nach den Ereignissen auf dem Kairoer Tahrir-Platz auseinander. Diese Schwerpunktsetzung mag zunächst überraschend erscheinen, dominierten doch in der Berichterstattung vor allem junge Aktivist*innen und Blogger das Bild der Aufständischen. *Irene Weipert-Fenner* und *Peter Senft* erweitern jedoch den Blick und geben fundierte Einschätzungen zur aktuellen Lage der Arbeitnehmerschaft und zu den Perspektiven freier Gewerkschaften.

Irene Weipert-Fenner kommt zu der Einschätzung, wonach die soziale Frage nach wie vor ungeklärt sei. Gleichwohl kommt sie zu einer durchaus optimistischen Prognose für die ägyptische Arbeiterschaft und deren Veränderungswillen. *Peter Senft* verweist zudem auf die Rolle deutscher Gewerkschaften in hiesigen Unternehmen, die auch in Ägypten tätig sind, und plädiert für praktische Solidarität beim Aufbau gewerkschaftlicher Arbeit in diesen Betrieben in Ägypten.

Jan Lichtwitz und *Hendrik Meyer* gehen in ihrem Beitrag „Geopolitik im Nahen und Mittleren Osten: Die Neuordnung von innen“

auf eben diese geopolitischen Interessenlagen ein. Die Autoren befürchten, dass Europa Gefahr läuft, „aus Angst vor Veränderungen eigene Handlungsoptionen unnötig einzuschränken und die Zeichen der Zeit zu verpassen“ und plädieren stattdessen dafür, Europas Rolle im Sinne einer aktiven und konstruktiven Friedenspolitik zu stärken.

Aus linker Perspektive ist in jedem Fall die Lehre zu ziehen, dass trotz aller möglichen materiellen Wohltaten und des Ausbaus von Sozialstaatlichkeit autoritäre Regime im Falle von Einschränkungen von Demokratie nicht toleriert werden dürfen. Der Kampf um demokratische und soziale Fortschritte ist eine dauernde Aufgabe, die unabhängig von säkularer oder religiöser Selbstverständnis der Akteure immer wieder ausgefochten werden muss.

Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, macht die langjährige Zugehörigkeit der Parteien von Tunesiens Ben Ali und Ägyptens Mubarak zur Sozialistischen Internationalen deutlich. Internationalismus muss der Befreiung und Emanzipation dienen und darf nicht zur Anerkennung und Stabilisierung autoritärer Regime führen.

Die politische Linke in Deutschland wird gut daran tun, Nordafrika und den Nahen Osten stärker in den Blick zu nehmen und den Dialog mit fortschrittlichen Kräften in der Region neu zu beginnen. Angesichts dieser unerledigten Aufgabe und der unterschiedlichen Signale des „arabischen Frühlings“ wird spw über diesen Schwerpunkt hinaus mit einzelnen Beiträgen in kommenden Heften diesem Defizit entgegenarbeiten und die Entwicklungen in der Region auch weiterhin begleiten. ■

☞ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär, Mitglied der spw-Redaktion und wohnt in Stuttgart.

☞ Michael Reschke ist Chefredakteur der spw.